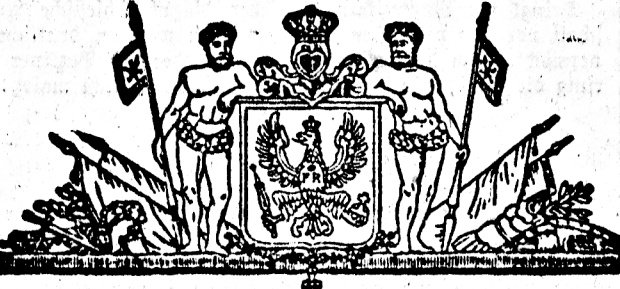


Wossische



Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Beyzugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Vellagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeföhrt

In Verlage von Ullstein & Co. Verantwort. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelstells) H. Bachmann in Berlin \* Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 \* Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co., Moritzplatz 11 800 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Die Organisation der Nationalversammlung.

Der Nationalversammlung fällt die Aufgabe zu, der deutschen Republik das Grundgesetz zu schaffen. Ihre Tagungsdauer wird, wie Geheimere Oberregierungsrat Schulze vom Reichsamt des Innern in der Zeitschrift „Das demokratische Deutschland“ mitteilt, auf mindestens acht Wochen geschätzt.

Wie bereits angekündigt, wird das Wahlgesetz zur preussischen Nationalversammlung noch heute verabschiedet. Es sieht 23 Wahlkreise mit 401 Abgeordneten vor.

In vier Wochen, am 19. Januar, finden die Wahlen zur Nationalversammlung statt. Diese kurze Spanne Zeit muß voll ausgenutzt werden. Dringend notwendig ist die peinlich genaue Beachtung aller im neuen Wahlgesetz vorgezeichneten Fristen.

Nach § 9 des ursprünglichen Wahlgesetzes sollten die Wählerlisten spätestens vier Wochen vor dem Wahltag auf acht Tage ausgelegt werden. Hiernach hätte also schon am 22. Dezember die Auslegung der Wählerlisten beginnen müssen.

Dann binnen einer Woche, also bis zum 6. Januar erfolgen müssen. Spätestens vier Wochen vor der Wahl, also spätestens am 22. Dezember sollte nach § 12 der Wahlordnung der Wahlkommissar zur Einreichung von Wahlvorschlügen öffentlich auffordern und dabei angeben, bis zu welchem Tage spätestens die Wahlvorschlügen einzureichen und die Verbindungen von Wahlvorschlügen zu erklären sind.

Spätestens am siebenten Tage vor dem Wahltag, also spätestens am 12. Januar, muß dem Wahlkommissar schriftlich mitgeteilt werden, daß Wahlvorschlügen miteinander verbunden werden sollen. Nach der öffentlichen Bekanntgabe der zugelassenen Wahlvorschlügen können diese nicht mehr zurückgenommen und ihre Verbindung kann nicht mehr aufgehoben werden.

Am dritten Tage vor der Wahl, also am 16. Januar, läßt der Wahlvorsteher die Mitglieder des Wahlvorstandes ein. Bei Beginn der Wahlhandlung zur Bildung des Wahlvorstandes im Wahlraum zu erscheinen.

Am Tage nach der Wahl, spätestens, also spätestens am 20. Januar, muß die Prüfung des Abstimmungsergebnisses erfolgen. Auf den sechsten Tag nach der Wahl, also auf den 26. Januar, beruft der Wahlkommissar zur Ermittlung des Wahlergebnisses den Wahlausschuß ein.

Am Tage nach der Wahl, spätestens, also spätestens am 20. Januar, muß die Prüfung des Abstimmungsergebnisses erfolgen. Auf den sechsten Tag nach der Wahl, also auf den 26. Januar, beruft der Wahlkommissar zur Ermittlung des Wahlergebnisses den Wahlausschuß ein.

Die Gefahr in Oberschlesien.

Von Ludwig Kapeller.

Sonderberichterstatter der „Wossischen Zeitung“

\* Oppeln, 19. Dezember.

Wang anders als in der Provinz Posen, wo die polnische Gefahr in ihrer Mutter Sprache dem Fremden auf allen Wegen entgegentritt, wo auf den öffentlichen Gebäuden der polnische Adler hochfliegende Pläne in den Himmel schreit, wo das weiße Wappentier aus tausend Fenstern nach Gestrinnungsgenossen schreiet, ganz anders als in Posen, wo Herr Oberbürgermeister Drwenst im Rathaus schaltet, haben sich die Dinge in Schlesien entwickelt.

Das sind die Kinder, bis zu deren Jugend die politische Neuorientierung noch nicht vorzudringen vermochte; aber die älteren unter den Polen, die politisch Zugänglichen — man darf wohl die Achtzehn- bis Zwanzigjährigen als die Zugänglichsten bezeichnen — sind heute von den polnischen Werbem in ihrer Mehrheit eingefangen und haben völlig vergessen, daß sie noch vor ein paar Jahren sich stolz als Deutsche fühlten und die Bezeichnung „Pole“ oder gar „Wasserpole“ als schwere Beleidigung zurückgewiesen hätten.

Das sind die Kinder, bis zu deren Jugend die politische Neuorientierung noch nicht vorzudringen vermochte; aber die älteren unter den Polen, die politisch Zugänglichen — man darf wohl die Achtzehn- bis Zwanzigjährigen als die Zugänglichsten bezeichnen — sind heute von den polnischen Werbem in ihrer Mehrheit eingefangen und haben völlig vergessen, daß sie noch vor ein paar Jahren sich stolz als Deutsche fühlten und die Bezeichnung „Pole“ oder gar „Wasserpole“ als schwere Beleidigung zurückgewiesen hätten.

Jetzt greifen sie nach dem nächsten. Was die Polen versprochen, mußten die Deutschen gleich geben. Der politische Hintergrund polnischer Schmeichelei zeugte eine rein wirtschaftliche Bewegung, deren Willen das ganze Reich überlutet hatte.

Die Folgen dieser Lohnbewegung sind unabsehbar. Im letzten Monat machte allein das Maß an Lohnzahlungen in Ratibow 35 Millionen Mark aus; der Selbstkostenpreis der Kohle ist auf 30-40 M. für die Tonne gestiegen. Eine entsprechende Erhöhung der Kohlenpreise würde die ober-schlesische Eisenindustrie, die schon jetzt schwer zu kämpfen hat, völlig lahmlegen.

Wilson über seine Aufgabe.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

\* Haag, 21. Dezember.

Aus London wird dem „Holländisch Nieuwsburo“ gemeldet: Die „Times“ wird morgen ein Interview enthalten, das ihr Pariser Korrespondent mit Wilson gehabt hat. Wilson sagte dem Journalisten seinen Standpunkt über alle Fragen, welche im nächsten Monat zur Besprechung kommen, auseinander.

Die Antwort darauf ist sehr greifbar. Die Beschlüsse, welche auf der bevorstehenden Konferenz gefaßt werden müssen, haben eine so überwältigende Bedeutung, daß die Vereinigten Staaten es nicht unterlassen können, die Verantwortlichkeit mit den assoziierten Mächten zu teilen. Dies ist nur möglich, nachdem eine freie persönliche Beratung mit den Diplomaten der alliierten Länder stattgefunden hat.

London, 21. Dezember.

Die „Daily Express“ erzählt, daß der Lebensmittelkontrollleur Hoover am Montag mit Vertretern der Stadtgemeinde Wien in Wien zusammengetroffen wird. Vertreter der kritischen und französischen Regierung werden der Beratung, die sich um die Bedürfnisse der österreichischen Republik dreht, beiwohnen. Dies ist eine

Vorbereitung, die den Beratungen über die ganze Frage der Lebensmittelversorgung der Mittelmächte vorangehen wird.

Verleihen oder Verteilen?

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

\* Wien, 21. Dezember.

Die schon berichtet, wird die amerikanische Friedensabordnung auch in der Konferenz von Versailles den Antrag stellen, die beschlagnahmten deutschen Kriegsschiffe nicht unter die Alliierten zu verteilen, sondern zu verleihen. Der Grund für diesen Vorschlag ist in der Befürchtung zu suchen, daß bei der Verteilung dieser Schiffe sich Streitigkeiten zwischen den Mächten ergeben könnten.

Bis zum 27. Dezember fallen die Sitzungen der ständigen Waffenstillstandskommission in Spa aus.

Heute nachmittags findet eine Sitzung des preussischen Rats statt, die sich mit der Polenfrage beschäftigen wird.